

Schulden von heute sind Steuern von morgen FDP verlangt Reform- statt Konjunkturprogramm

Jedem (linken) Politiker sein Konjunkturprogramm: Das JEKAMI der Vorschläge treibt täglich neue Blüten. Bei diesem Trauerspiel nicht mitmachen wird die FDP: Der Vorstand der FDP.Die Liberalen lehnt ein drittes Konjunkturprogramm zum jetzigen Zeitpunkt dezidiert ab. Das Geld würde ins Ausland verpuffen – einziger Effekt wären höhere Schulden in der Schweiz. Doch höhere Schulden heute sind höhere Steuern morgen. Die FDP wird den von Links geplanten Putsch gegen die Schuldenbremse bekämpfen.

FDP.Die Liberalen fordert ein Reform- statt einem Konjunkturprogramm. Mit steuerlichen Reformen ist erstens unser Standort Schweiz für in- und ausländische Firmen attraktiver zu gestalten und Arbeitsplätze zu schaffen. Angesichts Überschuldung und Steuererhöhungen im Ausland ist das die beste Strategie gegen die Machtpolitik einzelner G20-Staaten. Gefordert werden fünf Massnahmen:

1. Automatischer Ausgleich der kalten Progression,
2. Familienbesteuerung mit Fremdbetreuungsabzügen von jährlich max. 24'000 Fr.,
3. Unternehmenssteuerreform III,
4. Steuerliche Anreize für Gebäudesanierungen,
5. Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer bei 5,5%.

Diese Massnahmen kosten Geld, bringen aber nachhaltig neue Dynamik in die Wirtschaft. Trotzdem ist es wichtig, die Ausgaben im Griff zu halten. Deshalb fordert die FDP zweitens, dass wir bei den Sozialversicherungen unser Haus in Ordnung bringen: IV-Zusatzfinanzierung, 6. IV-Revision, 11. AHV-Revision, ALV-Revision sind einige der nötigen Massnahmen. Drittens brauchen wir einen Abbau in der Bürokratie, z.B. bei der Mehrwertsteuer oder beim Cassis de Dijon Prinzip.

FDP.Die Liberalen steht für Arbeitsplätze und gesicherte Sozialwerke. Statt leeren Versprechen und der Droge Konjunkturprogramme verlangen wir in der schwierigen Wirtschaftslage ehrliche Reformen.

Konjunkturpolitik als JEKAMI

Die Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung sind weltweit schlecht. Diese Chance will die Linke beim Schopf packen. Seit Monaten bombardiert sie die Medien mit Forderungen nach Konjunkturprogrammen. Über Konjunkturprogramme hoffen Sie, während der vergangenen Jahre gescheiterte Projekte mit einem neuen Deckmäntelchen durchpeitschen zu können. So etwa bei einer grossangelegten Weiterbildungsoffensive ohne Richtlinien und Standards.

Auf diesen Zug aufgesprungen sind auch Vertreter der CVP und anderer Mitteparteien. Gefordert wird vom Green Deal mit Milliardeninvestitionen für Wind- und Solarenergie über die generelle Reduktion von Krankenkassenprämien oder dem Aufbau eines parallelen, staatlich unterstützten Arbeitsmarkts alles, was bei Mitte-Links eine gut organisierte Interessengruppe kennt.

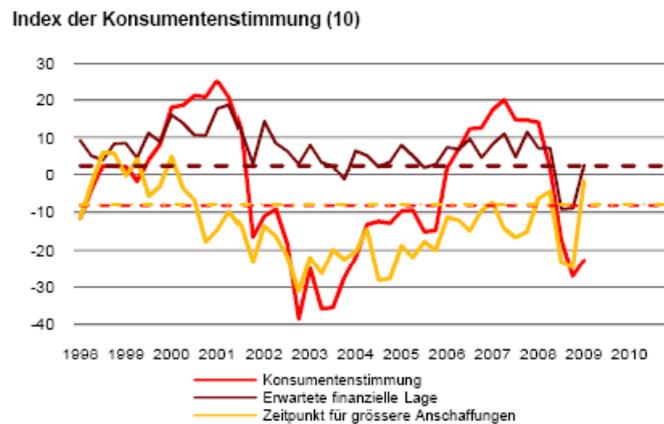
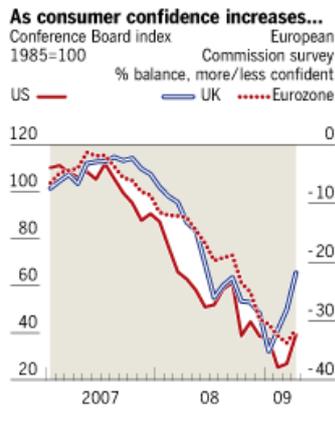
All diese Politiker wollen mit ihrem eigenen Konjunkturprogramm frühzeitigen Wahlkampf betreiben. Für all diese Politiker gilt plötzlich: Schulden machen ist gut, ja sogar eine internationale Pflicht. Dem Ausland soll nachgeeifert und möglichst viel Geld ausgeschüttet werden. Es herrscht ein Jekami – jeder kann mitmachen.

Nicht mitmachen will die *FDP.Die Liberalen*. Der Vorstand der *FDP.Die Liberalen* lehnt ein drittes Konjunkturprogramm zum heutigen Zeitpunkt ab. Dies aus folgenden Gründen:

Die Wirtschaftsentwicklung ist zwar schlecht, doch nicht dramatisch und mehr noch:

Für den berühmten preussischen Strategen und General von Clausewitz war das wichtigste im Krieg, im Schlachtengetümmel einen klaren Kopf zu behalten. Im ‚Nebel‘ der Schlacht befindet sich heute die Welt. Es ist kein klarer Trend erkennbar. International und national gibt es erste Erholungszeichen:

- › In China, den USA und den meisten europäischen Staaten hat sich das Konsumentenvertrauen verbessert. Gleiches gilt gemäss gewissen Umfragen auch für die Schweiz (vgl. Charts unten)



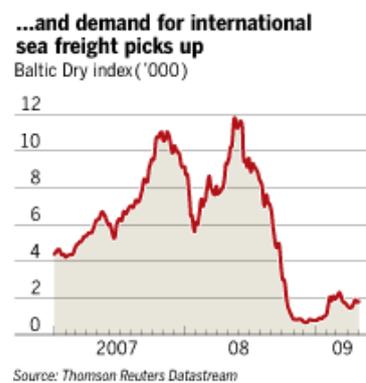
- › die Versicherungsraten gegen Ausfälle auf Finanztitel sind in den USA und Europa auf einen Drittel oder Viertel gefallen und der 3-monatige USD-LIBOR-Satz – Gradmesser des Vertrauens des Interbankenmarkts – ist am 4. Mai erstmals auf unter 1% gefallen. Auch wenn das ausgeliehene Kreditvolumen noch tief ist, sind das doch wichtige Indikatoren für die Gesundung des Finanzsystems und lassen bezüglich der Kreditvergabe Hoffnung zu.
- › die Frachtkosten für die Schifffahrt steigen wieder. Das ist ein sicherer Indikator für eine Stabilisierung der Exporte auf tiefem Niveau, was für den Exportmeister Schweiz wichtig ist.

...risk of default on US financial debt falls...
 CDS spread on US financials (5-year, basis points)

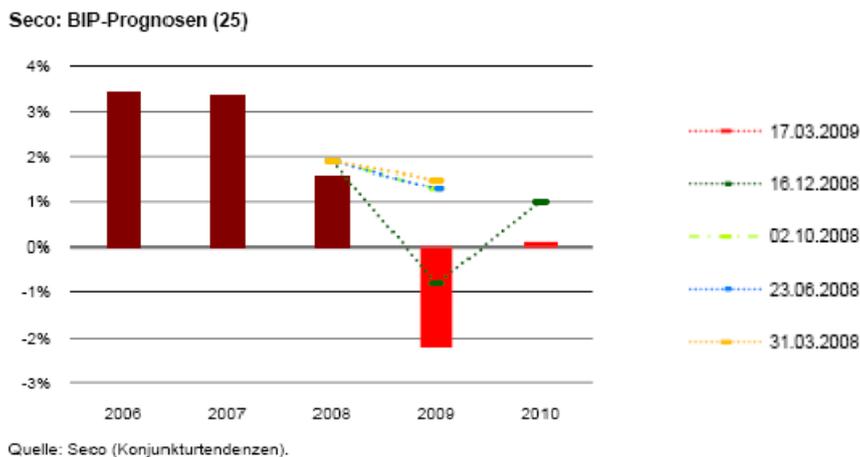
2 months ago	1,538	Latest	945
--------------	--------------	--------	------------

...as does risk of default on inter-bank lending...
 Libor-OIS spread, 3-month, basis points

	Oct 2008	Start of 2009	Latest
US	365	123	82
Euro	196	119	66
UK	216	168	108



- › Das sind alles Zeichen, dass die Erwartungen weg von einer Depression hin zu einer Rezession gehen. Aber aufgepasst: Negative Zeichen gibt es mindestens genau so viele und gewisse Prognosen sagen weiterhin eine miserable Entwicklung voraus. Doch wer glaubt noch den Prognosen. So hat etwa das seco 2008 die Wirtschaftslage dramatisch zu rosig eingeschätzt; möglicherweise wird die Zukunft jetzt zu schwarz eingeschätzt. Die *FDP.Die Liberalen* weiss nicht, ob einzelne konjunkturelle Schwalben bereits den Frühling ausmachen.



- › Genau diese Situation der Unsicherheit hat das Parlament bei der Verabschiedung des zweiten Pakets vorhergesehen. Es hat verlangt, dass die Wirkungen der ersten beiden Pakete zuerst analysiert und diese Analyse präsentiert wird, bevor ein drittes Programm lanciert wird. Verschiedene Departemente wollen nun aber mit der Vorprüfung möglicher Konjunkturmassnahmen eine Erwartungshaltung und damit ein *fait accompli* schaffen. Das lehnt die FDP ab. Stattdessen verlangen wir, dass die Diskussionen um das dritte Konjunkturprogramm sistiert werden, bis die Analyse der ersten beiden Programme vorliegt und sich die Verwaltung mit wichtigeren Projekten beschäftigt.

Konjunkturprogramme helfen der Schweizer Exportindustrie nicht:

Von der Rezession betroffen ist zur Zeit vor allem die Exportwirtschaft. Ihr wurde im zweiten Konjunkturprogramm mit der Ausdehnung der Kurzarbeit bereits geholfen; weitere Massnahmen sind leider wenig sinnvoll. Was nützt etwa der zusätzliche Ausbau der staatlichen Exportförderorganisation, wenn international die Abnehmer fehlen oder protektionistische Barrieren aufgerichtet werden? Wichtiger ist hier der Kampf gegen Protektionismus. Etwa die Buy-American Klausel in den Konjunkturprogrammen der USA. Bereits vor einem Jahr warnte die FDP vor dieser Gefahr und forderte, eine Initiative bei der WTO zum Abschluss der Doha-Verhandlungen, doch bisher geschah wenig Sichtbares.

Konjunkturprogramme für Konsum verpuffen:

Als kleine Volkswirtschaft importieren wir den Grossteil der Güter. Bei Pampers bis Toyotas helfen Verschrottungsgebühren bis höhere Krankenkassenverbilligungen primär ausländischen Produzenten. 70 Rappen jedes Bundesfrankens eines Konjunkturprogramms werden so exportiert. Hier wird Geld zum Fenster hinaus ins Ausland geworfen. Und dies geschieht gleichzeitig mit der Forderung nach einer härteren Aussenpolitik. So wie wir beim Finanzmarkt dem Ausland keine Geschenke machen wollen, so wollen wir das auch nicht für die Konjunkturprogramme.

Schulden von heute sind Steuern von morgen:

- › Das Ausland hat für die Rettung der Banken und die Stützung der Konjunktur über 10'000 Mia. USD aufgeworfen. Staaten wie die USA, UK, Deutschland verschulden sich 2009 mit zwischen 1,5 und 5,5% BIP. Für 2010 wird das durchschnittliche Defizit der EU-Staaten auf 7,3% und für Grossbritannien sogar auf unglaubliche 14% geschätzt. Im Gruppenszwang für Konjunkturprogramme scheinen Politiker die Gretchenfrage vergessen zu haben: Wer bezahlt diese Schulden?
- › *FDP. Die Liberalen* stellt diese Frage seit Monaten und warnt vor der Schuldenfalle. Diese Frage haben sich auch die Pensionskassen und Anleger in den vergangenen Wochen immer mehr gestellt und

Anleihen von Grossbritannien oder Deutschland nicht mehr voll gezeichnet. Damit hat die Realität diese Staaten eingeholt. Noch während der Krise haben die USA, Grossbritannien, Irland, Deutschland und Osteuropa oft massive Steuererhöhungen für Unternehmen und Personen beschlossen oder angekündigt. Besonders betroffen sind jene Staaten, welche bereits in guten Zeiten grosse Defizite angehäuft haben.

- › Gleiches würde auch für die Schweiz gelten: Dank ergänzter Schuldenbremse müssten auch ausserordentliche Defizite durch höhere Steuern kompensiert werden. Das ist kein Problem für die Linken, die mit einer solchen Strategie mehrere Fliegen auf einen Schlag erledigen wollen: Erstens wollen sie dank massiv höheren Ausgaben ihre gesellschaftspolitischen Ideen verwirklichen. Zweitens wollen sie die von uns initiierte Schuldenbremse aushebeln. Drittens wollen sie mit möglichst hohen Defiziten eine gute Vorlage schaffen für ihre Steuerharmonisierungsinitiative. Der freisinnigen Sparsamkeit und dem Steuerwettbewerb zwischen Kantonen und Gemeinden soll so ein Ende gesetzt werden. Diese Strategie der Linken durchschaut die FDP - hier machen wir nicht mit.

Aus all diesen Gründen ist für die *FDP.Die Liberalen* klar: Ein drittes Konjunkturprogramm kommt zur Zeit nicht in Frage. Die Vorbereitungsarbeiten sind einzustellen, denn sie schaffen präjudizierende Erwartungen. **Statt eines dritten Konjunkturprogramms verlangen wir ein Reformprogramm.** Arbeitsplätze sollen nicht mit der kurzfristig wirkenden Droge Konjunkturprogramm gestützt, sondern dank guten Rahmenbedingungen gesichert und geschaffen werden. Unser Haus ist in Ordnung zu bringen, damit die Schweiz beim Aufschwung bereit ist. Unsere Chancen sind intakt: Dank Europas tiefsten und einfachsten Steuern, motivierten und gut ausgebildeten Arbeitnehmern und einer wie eine Schweizer Uhr funktionierenden Infrastruktur werden wir für immer mehr ausländische Firmen zum attraktiven Fabrikations- und Dienstleistungsstandort.

FDP.Die Liberalen steht für Reform – statt Konjunkturprogramme

Die FDP fordert in folgenden 3 Ebenen Massnahmen:

1. Steuerliches Reformprogramm für Arbeitsplätze und Kaufkraft
2. Unser Haus bei den Sozialversicherungen in Ordnung bringen
3. Regulatorische Reformen hin zum schlanken und bürgernahen Staat

1. Steuerliches Reformprogramm für Arbeitsplätze und Kaufkraft:

Bereich	Inkrafttreten	Auswirkung
Automatischer Ausgleich der kalten Progression	1.1.2010	Entlastung um 500 Mio. Fr. (davon 70 auf kantonaler Ebene), v.a. für Mittelstand.
Steuerliche Begünstigung energetischer Gebäudesanierungen	1.1.2010	Entlastung 300 Mio. Fr.
Familienbesteuerung Erhöhung Kinderabzug gemäss BR; Fremdbetreuungsabzug von 24'000 Fr.	So rasch als möglich	800 Mio. Fr.
Unternehmenssteuerreform III	1.1.2011	500 Mio. Fr.
Einheitssatz MWST bei 5,5%	1.1.2011	1500 Mio. Fr. Wachstumswirkung von 1% BIP

1.1. Kalte Progression:

Seit 9 Monaten kämpft die FDP für den automatischen Ausgleich der kalten Progression. Ohne den Widerstand von Links und CVP hätten die Steuerpflichtigen bereits dieses Steuerjahr um 500 Mio. Franken entlastet werden können. **Begünstigt werden vor allem der Mittelstand: 40% der 500 Mio. Fr. gehen an Haushaltseinkommen bis 100'000 Fr., 45% an Einkommen zwischen 100'000 und 200'000 Fr. Diese Massnahme sichert den Konsum und kurbelt Investitionen an.** Wichtig ist der automatische Ausgleich. Das Argument, dass damit die Steuerverwaltung mehr Aufwand hat, lassen wir nicht gelten. Es ist bloss ein Vorwand der Fiskalisten, denn dank IT ist die Umsetzung einfach. Zudem zeigt sich hier das unterschiedliche Staatsverständnis zu unseren Gegnern: Für die FDP arbeitet der Staat für den Bürger und nicht der Bürger für den Staat. Schliesslich wissen wir, dass der Welt wegen der hohen Staatsausgaben in einigen Jahren Inflation droht. Hier ist es zentral, dass der Ausgleich automatisch erfolgt. **Wir fordern den Ständerat auf, dem Nationalrat in der Sommersession zu folgen und hier endlich Nägel mit Köpfen zu machen.**

› Parlamentarische Initiative der FDP-Liberale Fraktion (08.452) :

http://www.parlament.ch/afs/data/d/bericht/2008/d_bericht_n_k10_0_20080452_0_20081104.htm

1.2. Familienbesteuerung: Fremdbetreuungsabzug von 24'000 Franken

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist aus gesellschaftlichen wie auch wirtschaftlichen Gründen zentral für die Schweiz. Unser Steuergesetz soll der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen und nicht wie heute dagegen steuern. **Daher fordert die FDP. Die Liberalen in der Vernehmlassung zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern den maximalen steuerlichen Abzug der Betreuungskosten.**

Die jährliche Umfrage von Perspektive Schweiz zeigt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Bevölkerung und die Wirtschaft zentral ist. Das ändert mit der Wirtschaftskrise nicht. Hier ist bei der Familienbesteuerung der richtige Kurs zu wählen.

Für die FDP muss sich Leistung lohnen. Das gilt heute für viele Zweitverdiener, meistens Frauen, nicht. Viele Eltern werden finanziell bestraft, wenn beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dieser Missstand ist dringend aufzuheben. Ehepaare sollen frei von steuerlichen Überlegungen zwischen Erwerbstätigkeit und eigener Kinderbetreuung wählen können. Diese Wahlfreiheit ist dann erfüllt, wenn möglichst die gesamten Kosten der Fremdbetreuung abgezogen werden können. **Die FDP. Die Liberalen fordert, dass die Fremdbetreuungskosten zu 80 % der effektiven Ausgaben bis maximal 100 Franken pro Betreuungstag und Kind und bis insgesamt maximal 24'000 Franken pro Jahr abgezogen werden können.**

Eine solche Lösung benachteiligt nicht-erwerbstätige Ehegatten mit Betreuungsaufgaben nicht, da diese ja auch kein Einkommen versteuern müssen. Hingegen wird sie die beruflichen Hindernisse für jene Männer und Frauen abbauen, welche durch Steuerhemmnisse von der Erwerbstätigkeit abgehalten werden. In der Realität sind das vor allem Frauen. Angesichts ihres hohen Ausbildungsgrades sowie der hohen Ausbildungskosten ist gerade in der Wirtschaftskrise der Einbezug von Frauen in das Erwerbsleben für die Schweizer Volkswirtschaft wichtig. Weiter soll die Reform den Mittelstand gezielt entlasten. Hier befinden sich viele Personen, welche dank einer Erhöhung des Arbeitspensums höhere Steuereinnahmen des Staates ermöglichen. Positive Effekte wird ein hoher Betreuungsabzug auch bei der Schwarzarbeit haben: Fehlende Abzugsfähigkeit drängt viele Eltern dazu, die exorbitanten Betreuungskosten durch die Nutzung von Schwarzarbeit zu reduzieren.

Die FDP ist bereit hier Geld zu investieren. Die Reform kostet 800 Mio. Fr. Sie ermöglicht vielen gut ausgebildeten Frauen, welche arbeiten möchten, ins Erwerbsleben einzusteigen oder dort zu bleiben. Diese Einkommen werden wiederum Steuereinnahmen für den Staat generieren, womit die effektiven Kosten in einer dynamischen Betrachtung tiefer sind und einen wichtigen Beitrag zur Sicherung unseres Wachstums leisten.

- › Parlamentarische Initiative der FDP-Liberale Fraktion: Kinderbetreuungsabzüge im Steuerrecht des Bundes endlich realisieren (Sprecher: Isabelle Moret, Nr. 07.438)
http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20070438
- › Parlamentarische Initiative der FDP-Liberale Fraktion: Kinderbetreuungsabzüge im kantonalen Steuerrecht ermöglichen (Sprecher: Isabelle Moret, Nr. 07.439)
http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20070439

›

1.3. Unternehmenssteuerreform III

Der internationale Steuerwettbewerb wird härter. Um Arbeitsplätze zu sichern oder neue Arbeitsplätze zu schaffen, müssen die steuerlichen Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. Die von der FDP angestossene Unternehmenssteuerreform III ist deshalb dringend. Die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigen- und Fremdkapital sowie die Beseitigung von steuerlichen Hindernissen bei Konzernfinanzierungen sind wichtig, um Investitionshürden abzuschaftern.

Die Kosten dieser Reform von 500 Mio. Franken sind eine gute Investition in die Zukunft des Standorts Schweiz. Die Kantone können die Wirkung dieser Investition weiter erhöhen, indem sie sich freiwillig der Reform anschliessen. Damit wird das Prinzip des Föderalismus eingehalten.

Die FDP hofft, dass über die Unternehmenssteuerreform auch der Steuerstreit mit der EU beseitigt werden kann. Weitere Ausfälle wären hier richtig und wichtig, um mit einem möglichst einfachen Steuersystem noch attraktiver zu werden für ausländische Unternehmen, welche in die Schweiz kommen wollen. Wie die Schweiz, hat sich auch Irland mit seiner tiefen Steuerrate von 12,5% für ausländische Unternehmen als attraktiv erwiesen. Die 450 in Irland ansässigen US-Firmen tragen 40% zur gesamten Unternehmenssteuer bei. Das kann auch oder gerade die Schweiz. Denn unser Land ist keine Steueroase. Vielmehr sind wir dank guter Ausbildung der Mitarbeiter, Sozialpartnerschaft und politischer Stabilität, Arbeitsmarktflexibilität und einer Infrastruktur, die wie eine Schweizer Uhr funktioniert, attraktiv für ausländische Produktions-, Forschungs-, Marketing- und Vertriebsabteilungen. Höhere Steuern und der Kampf gegen Steueroasen wird so die Schweiz nicht benachteiligen, sondern uns unterstützen.

- › Motion FDP – Liberale Fraktion. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mit zusätzlicher Unternehmenssteuerreform (Sprecher Fulvio Pelli 07.339)
http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20073309

1.4. Steuerliche Anreize für energetische Gebäudesanierungen

Alle reden vom Green Deal – die FDP hat ihn bereits vor einem Jahr vorgeschlagen: Für die FDP steht die Förderung der Energieeffizienz an erster Stelle. Wichtig ist diese am richtigen Ort zu verbessern – bei den Gebäuden. Jährlich sanieren wir ca. 100'000 Wohnungen. Doch erst bei 150'000 Sanierungen stoppen wir die Überalterung des Gebäudeparks und erst ab 200'000 sanierten Wohnungen bauen wir den Renovationsstau messbar ab.

Hier setzt die FDP an: Statt einigen Hauseigentümern nach aufwändigem Formularweg Subventionen auszuschütten, sollen möglichst viele Hauseigentümer dank steuerlichen Anreizen rasch ihre Gebäude sanieren. Vorgeschlagen haben wir vier Punkte:

- › Erfolgreich waren wir bereits bei der Abschaffung der Dumont-Praxis, die beim Erwerb einer Altliegenschaft deren Sanierung de facto für Jahre verhinderte. Hier tritt die Änderung auf nächstes Jahr in Kraft. Pa. Iv. Müller Philipp, 04.457:
http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20040457
- › Ebenfalls positiv ist die von FDP-Seite angestossene Möglichkeit, energetische Sanierungsinvestitionen auf die Mieten umzulagern.
http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20020473

- › Nun muss es weiter gehen: Zwingend ist drittens, dass der Eigenmiet- bzw. der Steuerwert einer Liegenschaft nach einer Renovation während einer gewissen Zeitdauer nicht erhöht bzw. sogar gesenkt wird. **In diesem Zusammenhang hat die FDP folgende Vorstösse lanciert:**
 - › Motion (09.3142) „Eigentum stärken, Energie sparen, Eigenmietwert senken“ der FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Philipp Müller)
http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20093142 ,
 - › eine Kommissionsmotion (09.3007) zur Steuereffizienz im Gebäudebereich basierend auf einem Antrag von NR Jacques Bourgeois
http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20093007 und
 - › eine Parlamentarische Initiative von NR Hugues Hiltbold (08.518) “Massnahmen zur Förderung von Bauten mit hohem Energiestandard“
http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20080518 .
- › Viertens sollen energetische Sanierungen analog zum Forschungsaufwand von Unternehmen über mehrere Jahre von den Steuern abgezogen werden können. Damit werden Sanierungen statt als ein über Jahre verzögertes Flickwerk als Gesamtprojekt rasch und effizient durchgeführt. **In diesem Zusammenhang hat die FDP folgende Vorstösse lanciert:**
 - › FDP-Standesinitiative des Kantons Aargau (08.331), damit energiesparende Massnahmen steuerlich voll abzugsfähig sind
http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20080331 .
 - › Unterstützung der Motion der WAK (09.3354), welche ein Anliegen von NR Filippo Leutenegger (07.3385) aufnimmt: Die Umwelt schonende Investitionen sollen nicht nur im Baujahr, sondern über mehrere Jahre verteilt abgezogen werden können.
http://www.parlament.ch/afs/data/d/bericht/2007/d_bericht_n_k10_0_20073385_0_20090323.htm

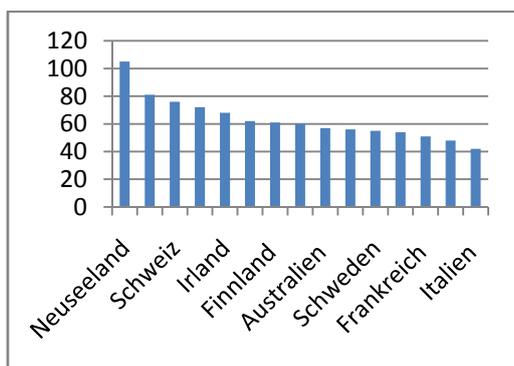
Nötig ist nun die Unterstützung der anderen Parteien. Zusammen können wir die Steuergesetze auf 2010 ändern. Setzen wir hier rasch Zeichen, können Private bereits im laufenden Jahr Planungsarbeiten beginnen und nötige Bewilligungen einholen. Damit wird die Massnahme sofort beschäftigungswirksam!

Die vorgeschlagenen Massnahmen werden einen Innovationsschub auslösen, der nicht nur das Bauhauptgewerbe begünstigt. Auch die Zulieferer im Bereich der Wärmedämmung, Heizsysteme und -regulierung profitieren. Hier handelt es sich um Unternehmen mit oft hohem Technologie- und Innovationsanteil. Sie können das in der Schweiz als führenden Markt erarbeitete Know-How ins Ausland exportieren und unser Land in einem Wachstumsmarkt positionieren.

Für die FDP hat das Parlament bisher zu wenig gemacht, um den Gebäudepark energetisch zu sanieren und den sparsamen Ressourceneinsatz zu fördern. So sind die vom Parlament beschlossenen Förderausgaben von 200 Millionen Franken für Gebäudesanierungen lediglich eine Beruhigung der Gewissen von Politikern. Denn seit 2000 werden im Durchschnitt jährlich 15 Milliarden Franken für Umbau- und Renovationsarbeiten aufgewendet. Das beschlossene Geld entspricht gerade einmal 14 Promille des Aufwands. Damit schiebt die „Anschubfinanzierung“ nur eine neue Kontroll- und Verteilbürokratie an.

1.5. MWST-Einheitssatz bei 5,5%

Die FDP kämpft für den europaweit tiefsten Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer. Nur der Einheitssatz wird effektiv eine Entlastung der Unternehmen ermöglichen. Dass ein Hotelier drei unterschiedliche Mehrwertsteuersätze verwenden muss, erschwert seine Arbeit unnötig und kostet ihn und seinen Gästen viel Geld. Die OECD hat gezeigt, dass der Einheitssatz in Neuseeland für den Steuerzahler sehr gute Resultate erreicht. **Als politisches Entgegenkommen fordert die FDP einen auf 5,5% gesenkten Einheitssatz. Das wird zu Einnahmenausfällen von 1500 Mio. führen. Diese Ausfälle sollten aber durch die auf 1% geschätzte Wachstumswirkung des Einheitssatzes rasch kompensiert werden. Zudem verlangt die FDP, dass verschiedene Vereinfachungsmaßnahmen (Teil 1 der Vorlage) bereits auf kommendes Jahr in Kraft treten.**



Berechnung der Erhebungseffizienz der Mehrwertsteuer (« C-efficiency »)
Quelle: OECD – Consumption Tax Trends 2008

2. Unser Haus bei den Sozialversicherungen in Ordnung bringen, damit wir die Staatsausgaben nachhaltig in den Griff bekommen:

Bereich	Inkrafttreten	Auswirkung
IV-Zusatzfinanzierung	1.1.2010	Entlastung um 1300 Mio. Fr.
11. AHV-Revision	1.1.2010	Entlastung mind. 400 Mio. Fr.
6. IV-Revision (Teil 6a und 6b)	1.1.2011	Entlastung Revision 6a mind. 400 Mio. Fr., 6b mind. 900 Mio. Fr.
Ausgabenseitige Revision der Arbeitslosenversicherung	1.1.2010	Entlastung um mind. 600 Mio. Fr.
Dringliche Massnahmen im Gesundheitswesen	1.1.2010	Noch unklar.

Die Standortqualität eines Landes misst sich nach der erwarteten Entwicklung. Das ist eine der Lehren von Keynes, die von Links oft vergessen gehen, aber zentral sind. Weder Konjunkturprogramme noch Steuersenkungen sind möglich, wenn klar ist, dass uns unsere Sozialversicherungsausgaben aus dem Ruder laufen. Hier gilt: Wir müssen unser Haus in Ordnung bringen. Nötige Massnahmen sind u.a.:

2.1. IV-Zusatzfinanzierung

Für die FDP ist klar, keine auch befristete Steuererhöhung kommt zum richtigen Zeitpunkt. Trotzdem: Die IV-Zusatzfinanzierung ist wichtig und richtig. Die Alternative ist eine Gefährdung der AHV-Renten, was Gift für die Rentner ist, oder höhere Lohnnebenkosten, was Galle für die Arbeitnehmer und Unternehmen ist.

2.2. IV-Revision 6a, gefolgt von der Vorlage 6b

Die FDP begrüsst, dass eine zusätzliche Revision 6a bereits im Juni vorgestellt wird. Zusammen mit der 4., 5. und der später folgenden Revision 6b muss die IV noch vor Ablauf der Zusatzfinanzierung 2017 stabil finanziert sein.

2.3. 11. AHV-Revision

Für die FDP sind die vorgesehenen Flexibilisierungsmassnahmen wichtig und dringlich. Eine Rentenalterserhöhung auf 65 bei Frauen ist angebracht, doch dürfen die Kompensationsmassnahmen nicht die Einsparungen der Erhöhung wegfressen. Dafür ist die Lage und die Entwicklung der AHV zu prekär.

2.4. Ausgabenseitige Revision der ALV

Die ALV darf nicht in eine Defizitwirtschaft rutschen wie die IV. Hier sind frühzeitig Massnahmen zu ergreifen. Fehlanreize sind zu beseitigen, nicht zuletzt die Verlängerungen der Beitragsdauer. Einsparungen von mindestens 600 Mio. Fr. sind hier das Mindestziel.

2.5. Dringliche Massnahmen im Gesundheitswesen

Die Prämienvorbilligungen kosten den Steuerzahler Milliardenbeträge – Tendenz steigend. Die Gesundheitskosten müssen in den Griff bekommen werden. Dringliche Massnahmen sind dazu zwar nötig, aber noch nicht hinreichend. Ebenso wichtig sind Reformen hin zu Transparenz bei Qualität, Effizienz der Leistungserbringungen, bessere Zusammenarbeit der Leistungserbringer, echte Wahlfreiheit und mehr Wettbewerb. Für die Qualität des Gesundheitswesens gefährlich wäre eine Blockade oder die Ablehnung aller Sparvorschläge. Heute zeigt sich, dass die vor einem Jahr vom Volk abgelehnte und am Widerstand der Kantone und Ärzte gescheiterte Vorlage doch viele nötige Reformen umfasste.

3. Regulatorische Reformen hin zum schlanken und bürgernahen Staat:

Die Schweiz braucht effiziente und klare Regulierungen, dafür setzt sich die FDP ein. Beispielsweise in folgenden zwei Bereichen:

Bereich	Inkrafttreten	Auswirkung
Mehrwertsteuersatz Teil A	1.1.2010	Wachstumswirkung mit Teil B 1% BIP
Cassis de Dijon	1.1.2010	Wachstumswirkung 0,5%

Unser Pulver nicht verschliessen!

FDP. Die Liberalen steht für Arbeitsplätze und sichere Sozialwerke. Die laufende Krise ist wie früher eine Verpflichtung, dank langfristig ausgelegten Reformen statt kurzfristigen Programmen Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern. Unser Pulver dürfen wir deshalb nicht voreilig verschliessen!